

II-8306 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR JUSTIZ

7239/1-Pr 1/89

3800 IAB

1989 -07- 21

An den

ZU 3883 J

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zur Zahl 3883/J-NR/1989

Die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Wabl, Harrich und Genossen (3883/J), betreffend ungerechtfertigte Werbeeinschaltungen, beantworte ich wie folgt:

Zu 1 bis 7:

Das Bundesministerium für Justiz hat weder bei "Radio Adria" noch bei anderen privaten Radiosendern Werbeeinschaltungen in Auftrag gegeben. Ebenso wenig wurden Programmkostenbeiträge oder andere finanzielle Leistungen an private Radiosender erbracht. Das ist auch für die Zukunft nicht vorgesehen.

Zu 8:

Eine schriftliche Aufforderung einer Parteizentrale (eines Klubs), in der ich um Einschaltungen, um Programmkostenbeiträge oder ähnliches gebeten worden wäre, ist mir nicht zugegangen.

20 . Juli 1989

